

DIAS-Kommentar

Nr. 42 • Mai 2005

Jessica Heun

Quo vadis Roma?

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Jessica Heun: Quo vadis Roma?

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Quo Vadis Roma?

Das Europäische Parlament hat am 28.04.05 eine Entschließung zu der Lage der Roma in der Europäischen Union verabschiedet. In dieser verurteilt es die Diskriminierung der Roma auf das schärfste und erklärt die Situation der Roma zu einem europäischen Thema, das einer Antwort der EU bedürfe. Die mit 497 Stimmen (25 Ablehnungen und 30 Enthaltungen) angenommene Resolution bezeichnet die größte ethnische Minderheit der EU (ca. 8 bis 9 Millionen) als Ziel rassistischer Diskriminierung und sogar als Opfer schwerer struktureller Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung.

Roma in Europa

“Roma” bedeutet in der Sprache der Roma (Romanes) “Mensch” und ist neben der Bezeichnung für eine der größten Gruppen der Roma zugleich die Bezeichnung des gesamten Volkes. Namen wie Sinti, Manus, Cale oder Kalderas kennzeichnen die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Untergruppe der Roma. Romanes wird in grundlegenden Formen auch noch heute weltweit von allen Roma-Gruppen gesprochen. Durch verschiedene Spracheinflüsse bedingt weist es allerdings eine Fülle von Dialekten auf. Bis heute existiert es nicht als Schriftsprache. Seine Überlebenschancen in der modernen Gesellschaft werden als gering eingestuft.

Aufgrund von Sprachvergleichen gilt es mittlerweile als erwiesen, dass Roma ursprünglich aus dem nordwestlichen Indien stammen. Die ersten kleinen Gruppen von Roma verließen ihre indische Heimat Anfang des 4. Jahrhunderts. Allein in Europa wird ihre Zahl auf 12 bis 25 Millionen geschätzt. Genaue Zahlen existieren nicht, unter anderem weil ihre lange Geschichte der Diskriminierung dazu geführt hat, dass sie ihre Herkunft bis heute ungern offenbaren.

Es ist keine Frage der Mentalität, kein “angeborener Wandertrieb”, der die meisten der Roma über Jahrhunderte zu Nomaden machte. Das ständige Umherziehen ist eine direkte Folge der fortwährenden Vertreibung, Verfolgung und der damit einhergehenden Bedrohung des Lebens der Roma. Mittlerweile sind entgegen dem weit verbreiteten Vorurteil die meisten Roma sesshaft.

Abgesehen von einigen Ländern, die ihre Anwesenheit tolerierten, wurden die Roma nahezu überall verfolgt und diskriminiert. Im Zeitraum zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert war die Verfolgung für das Leben der Roma geradezu charakteristisch. Der deutsche Reichstag der Jahre 1496 - 1498 bezeichnete die Roma als Verräter der christlichen Länder, türkische Spione und Überträger der Pest. Kaiser Maximilian I erklärte sie 1500 für vogelfrei; Georg II von Sachsen verhängte 1661 über alle Roma die Todesstrafe und Kaiser Karl VI ordnete 1721 die Vernichtung aller Roma männlichen Geschlechts und die Verstümmelung der Roma – Frauen und Kinder an. Kaiserin Maria Theresia verfügte 1761 das Verbot von Heiraten zwischen Roma; gleichzeitig wurden Roma-Kinder ab dem Alter von 5 Jahren ihren Eltern weggenommen und durch andere Familien erzogen. Ähnlich schlimme Repressalien in diesem Zeitraum werden auch aus anderen europäischen Ländern berichtet.

Im Osmanischen Reich waren viele Roma im Zustand der Sklaverei. Um 1600 wurden die Roma aus Portugal nach Angola und auf verschiedene afrikanische Inseln deportiert, später verfrachtete man sie nach Indien und Brasilien. Von Schottland aus wurden sie nach Jamaika, Barbados und Virginia verbannt. Aus Polen schickte man sie nach Sibirien, und Frankreich verbannte sie in seine Kolonien. Ähnlich verfahren auch Spanien, Holland und andere europäische Länder mit den dort lebenden Roma.

Unter dem nationalsozialistischen Regime erfolgte eine systematische Verfolgung und Vernichtung der Roma in ganz Europa. Die Zahl der zwischen 1933 und 1945 umgekommenen Roma wird auf 500.000 geschätzt. Erst 1982 kam es zu einer Aussöhnungs- und Wiedergutmachungspolitik, als durch Bundeskanzler Schmidt und Oppositionsführer Kohl die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma während der nationalsozialistischen Diktatur als Völkermord anerkannt wurde.

In der kommunistischen Ära begünstigte zwar die Knappheit an Arbeitskräften zunächst die Roma in den mittel- und osteuropäischen Ländern und förderte ihre gesellschaftliche Integration, gleichzeitig fand jedoch eine Zwangsassimilation statt. Nach dem Ende des "Sozialismus" kamen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zunehmend nationalchauvinistische Bewegungen und faschistische Parteien an die Oberfläche, die nahezu allesamt die Forderung nach Vertreibung der "Zigeuner" propagieren.

Nach einer aktuellen Studie der Weltbank stellen Roma heute die wirtschaftlich ärmste Minderheit in Europa dar, mit höherer Arbeitslosigkeit (45% - 70% und in einigen Ländern sogar 100%), erheblich schlechterer Bildung und niedrigerer Lebenserwartung, als sie alle anderen europäischen Minderheiten aufweisen. Beispiele für ihre Diskriminierung finden sich in nahezu allen Ländern der EU.

Auf europäischer Ebene setzen sich unter anderem das European Roma Information Office, das European Roma Rights Centre und das Committee on Romani Emancipation für die Rechte der Roma ein. Im Zuge des Gründungskongresses der internationalen Organisation der Sinti und Roma, der 1971 in London stattfand, wurde die "Romani - Union" gegründet. Diese ist seit 1979 mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen in New York eingetragen.

Inhalt und Forderungen der Resolution des EU Parlaments

Das Bild, das die Resolution über die Situation der Roma in Europa zeichnet, ist erschreckend. Die Situation als eine „Insel der Dritten Welt in der Ersten Welt“ zu beschreiben wäre wohl noch zu harmlos, denn das Leben der meisten Roma in Europa ist nicht nur durch absolute Armut, sondern auch durch Ghettobildung, Rassentrennung sowohl in Schulsystemen als auch im Gesundheits- und Sozialversicherungswesen und sich fortsetzenden gewaltsamen Tendenzen zur rassistischen Diskriminierung gekennzeichnet. Hinzukommen Probleme aufgrund fehlender Personalpapiere und sogar die Zwangssterilisierung von Roma-Frauen in einigen Ländern.

Insbesondere die rassistische Diskriminierung seitens der Behörden sei ein Faktor – so die Resolution – welcher das Weiterbestehen der Probleme besonders fördere. Bei einer Anzahl von Ländern gäbe es deutliche Hinweise darauf, dass Dienststellen der Polizei und andere für die Strafverfolgung zuständige Behörden mit Vorurteilen gegenüber Roma behaftet sind, die zu einer systematischen rassistischen Diskriminierung bei der strafrechtlichen Verfolgung führen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass Roma nach wie vor in Regierungsstrukturen und Behörden der Länder, in denen sie einen erheblichen Anteil der Bevölkerung stellen, unterrepräsentiert sind. Ferner werde der vorherrschende negative Stereotyp der Roma-Bevölkerung von den wichtigen Medien in den meisten Mitgliedstaaten noch bestärkt.

Die Resolution weist zudem darauf hin, dass Roma Opfer des Krieges und Ziel ethnischer Säuberungen im Kosovo, in Kroatien, Bosnien und Herzegowina waren und auch weiterhin sind. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass eine bedeutende Anzahl asylsuchender Roma aus den EU-Aufnahmeländern abgeschoben wurden, und diese damit gegen den non-refoulement Grundsatz gemäß der Genfer Konvention und deren Zusatzprotokolle verstoßen haben.

In dem Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten die volle Anerkennung des Holocaust an den Roma (Porajmos), dessen Ziel es war, die Roma in Europa wie auch die Juden physisch zu vernichten. Das sind deutliche Worte auch an Deutschland, denn seit Monaten findet hier eine Diskussion um die Inschrift eines Mahnmals für die ermordeten Roma statt, bei der eine Gleichstellung mit dem Völkermord an den Juden abgelehnt wird.

Der Rat, die Kommission, die Mitgliederstaaten und Kandidatenstaaten werden aufgefordert die Roma als eine europäische und sprachliche Minderheit anzuerkennen. Angesichts des Ausmaßes der sozialen Ausgrenzung seien aber vor allem entschiedene Bekämpfungsmaßnahmen zu ergreifen. Besonders wichtig sei, eine wirksame Beteiligung der Roma am politischen Leben, den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung sicherzustellen. In diesem Kontext soll die Kommission die Probleme der Roma auf gesamteuropäischer Ebene behandeln und ein Aktionsprogramm mit klaren Empfehlungen an die Mitgliedstaaten verabschieden, um eine bessere wirtschaftliche, soziale und politische Integration der Roma zu erreichen.

Der Minderheitenschutz im Recht der EU

Mit der Osterweiterung der EU 2004 sind insgesamt 75 Millionen neue EU Bürger hinzugekommen, davon ganze sechs Millionen Angehörige von Minderheiten – die meisten sind Roma. Mit der nächsten Beitrittsrunde dürfte die Zahl der Roma in der EU auf zwischen 12 und 15 Millionen steigen. Die Integration einer Fülle von ethnisch heterogenen Ländern in die Gemeinschaft stellt die EU nunmehr verstärkt vor die Aufgabe den Schutz ethnischer Minderheiten auf Gemeinschaftsebene zu thematisieren. Dass der Minderheitenschutz als expliziter Wert der EU in dem Verfassungsentwurf aufgenommen wurde, ist jedoch ein Novum, findet sich doch bislang kein direkter Hinweis auf diesen in den *acquis communautaire* der EU.

Lediglich im Bereich der Außenbeziehungen hat sich die EU besonders für den Minderheitenschutz engagiert. So bezogen sich bereits die Leitlinien von 1991 für die völkerrechtliche Anerkennung der nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien neu entstandenen Staaten ausdrücklich auf den Minderheitenschutz der KSZE. Vor allem aber hat die EU gegenüber den Beitrittsländern ganz konkrete Erwartungen bezüglich des Schutzes von Minderheiten formuliert. In der Schlussfolgerung des Ratsgipfels von Kopenhagen heißt es, dass die Mitgliedschaft auch die Achtung für und den Schutz von Minderheiten erfordert. Als die materiellen Bedingungen des Beitritts in den Vertrag von Amsterdam integriert worden sind (Art. 49 i.V.m. Art. 6 Abs. 1 EUV), wurden jedoch die Bestimmungen des Minderheitenschutzes ausgelassen. Dies führte zu dem Vorwurf, die EU stelle Erwartungen an die Beitrittskandidaten, die den Mitgliedstaaten selbst nicht in einer solchen Form auferlegt würden („Doppelte Standards“).

Die fortschreitende Globalisierung und die Erweiterung haben jedoch auch die EU zunehmend als Akteur im Bereich des internationalen Minderheitenschutzes hervorgebracht. Mittlerweile hat sich der in den Kopenhagener Kriterien formulierte Satz „Achtung für und den Schutz von Minderheiten“ in dem allgemeinen Sprachgebrauch der EU etabliert.

In diesem Kontext haben die politischen Institutionen der EU den Roma als größte Minderheit in einem desolaten Zustand besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das Europäische Parlament hat sich bereits im Rahmen verschiedener Initiativen mit der Situation der Roma beschäftigt (Entschließung vom 21. April 1994 zur Lage der Sinti und Roma in der Europäischen Gemeinschaft; Entschließung vom 13. Juli 1995 zur Diskriminierung der Roma). Schließlich ist die Kommission der größte internationale Geldgeber für die Verbesserung der Situation der Roma zum Beispiel im Rahmen des PHARE Programms oder bei der Finanzierung der Konferenz „Situation of Roma in an Enlarged EU“. Zudem hat die Kommission im

November 2004 unter Zusammenarbeit mit dem European Roma Rights Centre einen Report über die Situation der Roma in der erweiterten EU veröffentlicht, der die dramatische Situation der Roma darstellt. Auch in den jährlich veröffentlichten regular reports der Kommission über die Kandidatenstaaten findet die Situation der Roma besondere Aufmerksamkeit. Die EU überwacht dabei nicht nur die hinreichende Kodifizierung des Minderheitenschutzes, sondern auch die tatsächliche Einhaltung dieser Normen - gerade und besonders im Hinblick auf die Situation der Roma.

Fazit und Ausblick

Wenngleich es sich bei der Entschließung des Europäischen Parlaments um eine rechtlich unverbindliche Resolution handelt, kommt dieser dennoch eine wichtige Funktion zu. Im Laufe der Zeit haben derartige normative Vorgaben immer wieder dazu beigetragen die Bedeutung des Themas der Minderheiten – besonders der Roma – in der EU sowohl in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen als auch die anderen europäischen Institutionen für Minderheitenanliegen zu sensibilisieren.

Die EU kann und sollte sich weiteren erforderlichen Schritten nicht länger verschließen. Hier gilt es auch dem Vorwurf der „Doppelten Standards“ entgegenzutreten. Dass die Umsetzung der den neuen Mitgliedstaaten auferlegten Minderheitenschutzbestimmungen zu wünschen übrig lässt, ist allgemein bekannt. Wie wird sich die Situation nach dem Beitritt entwickeln? Werden die neuen Beitrittsländer mangels einer rechtlichen Grundlage für den Minderheitenschutz im Recht der EU zu ihrem Status quo ante zurückkehren? Tatsache ist aber auch, dass die Situation der Roma zudem in den alten Mitgliedstaaten verheerend ist. Das belegt das Bedürfnis auf EU Ebene verstärkt den Minderheitenschutz der Roma zu thematisieren und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. Letztlich ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, inwiefern die EU die eigenen Werte zu verteidigen bereit ist und die nach außen propagierte Bedeutung des Minderheitenschutzes – insbesondere die Verbesserung der Situation der Roma – auch nach innen zu transportieren. Verbunden mit der fortschreitenden politischen Integration entspricht es aber auch dem Selbstverständnis der EU, der Roma-Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu gewähren und ihre politische und gesellschaftliche Partizipation zu sichern. Denn eine Gemeinschaft, die die Menschenrechte als elementare Grundlage ansieht und sich demokratisch definiert, kann die Ausgrenzung eines großen Teils ihrer Bürger nicht akzeptieren.

Schließlich lässt sich das Phänomen einer europaweiten Minderheit ohne eigenen Nationalstaat in einer in jeglicher Hinsicht prekären Situation nicht auf eine nationale Angelegenheit reduzieren, sondern erfordert in der Konsequenz eine europäische Antwort. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass Roma nicht über ein geschlossenes Siedlungsgebiet verfügen und daher eine konzentrierte staatliche Förderung erschwert ist.

Die Forderung der Resolution an die Mitgliedstaaten, positive Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang der Roma zum Arbeitsmarkt zu verbessern, geht in ihrer Reichweite über den traditionellen Ansatz reiner Nichtdiskriminierung hinaus. Hier ist der entscheidende Ansatz zur Verbesserung der Situation der Roma zu sehen. Maßnahmen der positiven Diskriminierung und affirmative action Maßnahmen müssen zur Verbesserung der Situation der Roma unbedingt in Betracht gezogen werden.

Der Nicht-Diskriminierungsansatz, den die EU bisher ausschließlich verfolge, ist zwar von grundlegender Bedeutung, aber das Prinzip der Gleichheit erfordert mehr: Eine positive Integration und zwar so lange, bis die Folgen geschichtlicher Diskriminierung behoben sind. Ein Blick in die USA ermöglicht Erfahrungen zu übernehmen, denn die Situation der Roma in

Europa lässt sich in vielerlei Hinsicht mit der durch die „Jim Crow“ Gesetze bedingte Situation der Afroamerikaner vergleichen. Hier hatte der Supreme Court 1968 in seiner Entscheidung „Brown v. Board of Education“ erklärt, dass es nicht ausreiche Gleichheit zu erklären, sondern „in order to move beyond racism, you must first take racism into account“. Dies führte zu einer affirmative action Politik, die darauf abzielte das Erbe der Rassendiskriminierung zu beseitigen.

Im Wege der "kompensatorischen Besserstellung“ eröffnet sich also die Möglichkeit einer verbesserten Integration wie der Wahrung und Entfaltung einer eigenen kulturellen Identität. Hierbei handelt es sich nicht um eine Privilegierung, sondern letztlich um das Bemühen so etwas wie „materielle Gleichheit“ herzustellen und historisch bedingte Diskriminierung abzubauen.

Das wirft natürlich die Frage nach der Verwirklichung eines rechtlichen affirmative action Schutzes der Roma auf EU Ebene auf. Hier könnte sich der Mechanismus einer EG Richtlinie, die speziell auf die Integration der Roma zielt, als wirksam erweisen. Bereits Mitte 2004 hatte das EU Network of Independent Experts in Fundamental Rights, hochrangige Juristen aus allen Mitgliedstaaten, in ihrem Bericht über die Menschenrechtelage in der EU für das Jahr 2003 die Situation der Roma aufgegriffen und den Erlass einer Richtlinie, die speziell auf die Integration der Roma zielt, vorgeschlagen: „The most important contribution which the European Community could make to the protection of minorities, within the existing powers, would be the adoption of a Directive specially aimed at encouraging the integration of Roma.“ Die Dringlichkeit einer solchen Richtlinie hatte die Experten nicht nur mit der katastrophalen Situation der Roma begründet, sondern auch auf die Ineffizienz der Richtlinie 2000/43 hingewiesen, die traditionell ausgegrenzte und diskriminierte Minderheiten und die besonderen Bedürfnisse der Roma durch den Ansatz reiner Nichtdiskriminierung nicht hinreichend berücksichtigt.

Von Bedeutung wäre es aber auch, die Roma als nationale Minderheit anzuerkennen, damit diese in den Genuss der in der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten statuierten Rechte, das wichtigste europäische Minderheitenschutzdokument, gelangen. Traditionell wird mit dem Begriff der „nationalen Minderheit“ eine ethnische Gruppe bezeichnet, die mit einem anderen Staat, dem sog. „kin-state“, verbunden ist. Den Roma fehlt zunächst ein solches „Mutterland“. Zum einen kann man Indien jedoch als solches betrachten, zumal Delhi die Roma anerkannt hat. Auf der anderen Seite ist es willkürlich den Roma wegen diesem historischen Umstand den Schutz zu versagen.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

- | | | |
|----|--|------------------|
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |
| 53 | Edward Roby
Who 'll stop the winds? | 29. Juli 2005 |
| 54 | Patricia Stelzer
Lost in global indifference | 01. August 2005 |

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 55 | Dustin Dehéz
Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs | 04. August 2005 |
| 56 | Dr. Dimitrios Argirakos
Die diplomatische Lösung im Fall Iran | 12. August 2005 |
| 57 | Jessica Heun
Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer? | 23. August 2005 |
| 58 | Wilko Wiesner
Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen? | 31. August 2005 |
| 59 | Edward Roby
Where do Jobs come from? | 04. September 2005 |
| 60 | Lars Mammen
Remembering the 4 th Anniversary of 9-11 | 11. September 2005 |
| 61 | Ulf Gartzke
The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S | 16. September 2005 |
| 62 | Sascha Arnautovic
Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter | 27. September 2005 |
| 63 | Dustin Dehéz
Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq | 25. Oktober 2005 |
| 64 | Michaela Hertkorn
Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections | 07. November 2005 |
| 65 | R. Alexander Lorz
The Eternal Life of Eternal Peace | 07. November 2005 |
| 66 | R. Alexander Lorz
International Constraints on Constitution - Making | 08. November 2005 |
| 67 | Unbekannt
The NATO Response Force – A 2006 Deliverable? | 15. November 2005 |
| 68 | Jessica Heun
10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung | 15. November 2005 |
| 69 | Hendrik Schulten
Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr | 02. Dezember 2005 |
| 70 | Edward Roby
Transatlantic financial market: integration or confrontation? | 12. Dezember 2005 |
| 71 | Dustin Dehéz
Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa | 25. Dezember 2005 |
| 72 | Franz Halas/Cornelia Frank
Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand | 16. Januar 2006 |
| 73 | Mark Glasow
Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne | 07. Februar 2006 |

- | | | |
|----|---|------------------|
| 74 | Ulf Gartzke
What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor | 09. Februar 2006 |
| 75 | Edward Roby
Control of oil is dollar strategy | 13. Februar 2006 |
| 76 | Dr. Lars Mammen
Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung? | 10. März 2006 |
| 77 | Edward Roby
New asset class for cosmopolitan high rollers | 18. März 2006 |
| 78 | Daniel Pahl
Thoughts about the military balance the PRC and the USA | 18. März 2006 |
| 79 | Dustin Dehéz
Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo | 18. März 2006 |
| 80 | Lars Mammen
Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus | 26. März 2006 |
| 81 | Edward Roby
Clocking the speed of capital flight | 17. April 2006 |
| 82 | Ulf Gartzke
Turkey's Dark Past and Uncertain Future | 17. April 2006 |
| 83 | Lars Mammen
Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui | 04. Mai 2006 |
| 84 | Jessica Heun
See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil | 23. Mai 2006 |
| 85 | Tiffany Wheeler
Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment | 23. Mai 2006 |
| 86 | Dustin Dehéz
Obstacles on the way to international recognition for Somaliland | 29. Mai 2006 |
| 87 | Dustin Dehéz
Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen? | 01. Juni 2006 |
| 88 | Samuel D. Hernandez
Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player | 21. Juni 2006 |
| 89 | Sarabeth K. Trujillo
The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters | 21. Juni 2006 |
| 90 | Matthew Omolesky
Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo | 26. Juni 2006 |
| 91 | Eckhart von Wildenrad
A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954 | 26. Juni 2006 |

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 92 | Gesine Wolf-Zimper
Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung? | 01. Juli 2006 |
| 93 | Edward Roby
The geopolitics of gasoline | 10. Juli 2006 |
| 94 | Michaela Hertkorn
Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon | 01. August 2006 |
| 95 | Edward Roby
Germany's 2% boom | 11. September 2006 |
| 96 | Lars Mammen
Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 | 12. September 2006 |
| 97 | Dustin Dehéz
Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia | 28. September 2006 |
| 98 | Edward Roby
Asian energy quest roils worldwide petroleum market | 02. Oktober 2006 |
| 99 | Christopher Radler
Ägypten nach den Parlamentswahlen | 11. Oktober 2006 |
| 100 | Michaela Hertkorn
Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework | 16. November 2006 |
| 101 | Raphael L'Hoest
Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie | 10. Januar 2007 |
| 102 | Klaus Bender
The Mystery of the Supernotes | 11. Januar 2007 |
| 103 | Dustin Dehéz
Jahrhundert der Ölkriege? | 11. Januar 2007 |
| 104 | Edward Roby
A Nutcracker for Europe's energy fantasies | 14. Januar 2007 |
| 105 | C. Eduardo Vargas Toro
Turkey' s Prospects of Accession to the European Union | 25. Januar 2007 |
| 106 | Unbekannt
Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk | 30. Januar 2007 |
| 107 | Edward Roby
Healthy market correction or prelude to a perfect storm? | 19. März 2007 |
| 108 | Edward Roby
Upswing from nowhere | 25. Mai 2007 |
| 109 | Daniel Pahl
Restraint in interstate – violence | 29. Juni 2007 |
| 110 | Michaela Hertkorn
Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive | 02. Juli 2007 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 111 | Tatsiana Lintouskaya
Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl | 10. August 2007 |
| 112 | Edward Roby
Western credit crunch tests irreversibility of globalization | 10. August 2007 |
| 113 | Holger Teske
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik? | 31. August 2007 |
| 114 | Edward Roby
Euro shares reserve burden of wilting dollar | 22. Oktober 2007 |
| 115 | Peter Lundin
The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration | 07. November 2007 |
| 116 | Michaela Hertkorn
Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework | 01. Dezember 2007 |
| 117 | Dimitrios Argirakos
Merkels Außenpolitik ist gefährlich | 07. Dezember 2007 |
| 118 | Edward Roby
Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective | 07. Dezember 2007 |
| 119 | Dr. Christian Wipperfurth
Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen | 05. Januar 2008 |
| 120 | Dustin Dehéz
Somalia – Krieg an der zweiten Front? | 06. Februar 2008 |
| 121 | Edward Roby
Can Europe help repair the broken bubble? | 10. Februar 2008 |
| 122 | Dr. Christian Wipperfurth
Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen | 18. März 2008 |
| 123 | Philipp Schweers
Jemen vor dem Kollaps? | 18. März 2008 |
| 124 | Philipp Schweers
Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl? | 01. April 2008 |
| 125 | Christian Rieck
Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11. September – Implikationen der Irakintervention | 02. April 2008 |
| 126 | Christian Rieck
Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ? | 02. April 2008 |
| 127 | Philipp Schweers
Towards a " New Middle East" ? | 09. April 2008 |
| 128 | Christian Rieck
Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen | 02. Mai 2008 |
| 129 | Christopher Radler
Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad | 06. Mai 2008 |

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 130 | Ulrich Petersohn
Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF) | 09. Mai 2008 |
| 131 | Edward Roby
Food joins energy in speculative global price spiral | 09. Mai 2008 |
| 132 | Edward Roby
Central Banks declare war on resurgent inflation | 12. Juni 2008 |
| 133 | Daniel Werdung
Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe | 12. Juni 2008 |
| 134 | Christian Rieck
Bemerkung zum europäischen Traum | 13. Juni 2008 |
| 135 | Philipp Schweers
Zukunftsbranche Piraterie? | 13. Juni 2008 |
| 136 | Philipp Schweers
Yemen: Renewed Houthi - Conflict | 19. Juni 2008 |
| 137 | Philipp Schweers
Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus | 20. Juni 2008 |
| 138 | Dustin Dehéz
Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich? | 09. Juli 2008 |
| 139 | Philipp Schweers
A new security paradigm for the Persian Gulf | 09. Juli 2008 |
| 140 | Edward Roby
Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy | 27. August 2008 |
| 141 | Edward Roby
Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row | 25. September 2008 |
| 142 | Burkhard Theile
Bankenkrise und Wissensgesellschaft | 21. November 2008 |
| 143 | Christopher Radler
Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás? | 30. Dezember 2008 |
| 144 | Edward Roby
Credit crisis starts to level global trade imbalances | 14. Januar 2009 |
| 145 | Daniel Pahl
Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident | 20. Januar 2009 |
| 146 | Christopher Radler
Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse | 29. Januar 2009 |
| 147 | Christian Rieck
The Legacy of the Nation – State in East Asia | 29. März 2009 |
| 148 | Edward Roby
A recovery on credit | 04. September 2009 |
| 149 | Christopher Radler
Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás | 28. Oktober 2009 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org